

Gemeinsame Klage gegen Laugen-Vertrag

SPD und Grüne gegen den K+S-Vertrag

VON JUSTUS RANDT

HANNOVER-KASSEL. Alles im Fluss, nichts geht – wenigstens nicht so: Mit der Unterzeichnung des Entsorgungsvertrages für Salzlauge des Kassel-Kaliproduzenten K+S haben Hessen und Thüringen gestern „rechtswidrig“ gehandelt. Stefan Wenzel, Sprecher der Grünen im niederrheinischen Landtag, kündigte eine fraktionsübergreifende parlamentarische Initiative gegen den „30-Jahres-Vertrag zur Weser-Versalzung“ an.

Zumindest gemeinsam mit der SPD wurde gestern prompt über einen gemeinsamen Entschließungsantrag für das Februar-Plenum des Landtags beraten. Dabei, sagt SPD-Fraktionssprecherin Petra Emmerich-Kopatsch, gehe es auch um „die Frage einer möglichen Klage gegen diesen Vertrag“. Landesumweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) hatte im Vorfeld gegen den offensichtlich-rechtlichen Kontrakt

protestiert – auch weil Niedersachsen nicht daran beteiligt wurde – und seither Klage erwägt. Die Vereinbarung sieht zwar vor, die jährlich eingeleitete Salzwassermenge von 14 Millionen Kubikmetern bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Weil aber künftig kein Salzwasser mehr in den Untergrund gepresst werden darf, wird nicht mit einer Entlastung für Werra und Weser gerechnet.

Sander hatte sich darüber erzürnt, dass das siebenseitige Abkommen auch eine neue Einheitstelle für Salzlauge möglicherweise machen könnte nach Einschätzung Christoph Ewens, „ungefähr dort liegen, wo Fulda und Werra zusammenfließen, in Hannover südlich des Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“, den die K+S mit zwei Millionen Euro ausgestattet hat, um Ökonomie und Ökologie unter einen Hut zu bekommen.



Was als Überbleibsel der Kaliproduktion nicht auf Halde landet (wie hier im Kreis Hersfeld-Rotenburg), wird in die Flüsse geleitet.

Mit der Einleitung wo Fulda und Werra sich küssen, würde der Vertrag gleich am Start eine ordentliche Portion Salzverarbeiteter Der Grenzwert liegt bei 2,5 Gramm Salz je Liter. Dem Runden Tisch gelang es nach der Vertragsunterzeichnung gerade noch, die langfristige Festbeschreibung dieses Grenzwertes zu verhindern – was dem Papier in einer Protokollnotiz angefügt wurde. Dort, gewissermaßen als Fußnote, steht auch, was das Gremium aus Länder-, Kommunal-, Wirt-

schafts- und Umweltschutzvertretern wohl für selbstverständlich hielten: Dass Strategien und Konzepte erst nach gemeinsamer Diskussion am Runden Tisch und mit dem Runden Tisch Programm werden.

Geplant ist bereits der Bau einer 63 Kilometer langen Laugen-Pipeline vom K+S-Werk bei Fulda zur Werra. Eine weitere Pipeline, rund 400 Kilometer lang, könnte bis an die Nordseeküste führen – „wenn K+S wollte“, sagt Walter Hölzel, Geschäftsführer der Werra-Weser-Anrainer-Konferenz. Unterdessen wirft Lötzel K+S vor, „nicht auf dem Stand heutiger Technik“ zu arbeiten und mehr Kalidünger als nötig über die Flüsse zu entsorgen. Diesen Vorwurf hat Niedersachsens Minister Sander mehr als einmal erhoben. Die Nordsee-Pipeline lehnt er ab. Der Parole „Entsorgen statt Vermeiden“ zu folgen, sei obendrein „ein Rückfall in die 80er Jahre“. In denen landete mehr, wenn nicht alles im Fluss, was weg musste.